

Gesundheits- und Sozialpolitik im Zeichen von Schwarz-Rot

Gerade die Agenda-Politik hat in den letzten 10 Jahren nicht nur den Arbeitsmarkt geöffnet, sondern auch einiges an sozialer Kälte im Lande angehäuft. Mit ihr hat die stärkste Volkswirtschaft in Europa aus Angst vor wirtschaftlichem Abstieg auch den größten Niedriglohnsektor geschaffen; also den Abstieg „der Anderen“. Eine Korrektur war lange überfällig und für die SPD politisch geradezu überlebenswichtig. Doch erst mit der nun vorliegenden Koalitionsvereinbarung gibt es eine politische Mehrheit insbesondere für den Mindestlohn. Dabei mag der UNION selbst im Wirtschaftsausschuss das päpstliche „Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen“ den Schatten kürzer werden lassen, über den zu springen war. Nur noch einige Salon-Ökonomen halten in der konservativen Presse den „Segen der Lohndifferenzierung“ hoch, anstatt sich mit der wirtschaftlichen und sozialen Realität auseinanderzusetzen. Der Mindestlohn wird das soziale Klima in der Republik jedenfalls entschieden friedlicher machen.

Auch die Gleichstellung von Leiharbeitern spätestens nach 9 Monaten baut ‚Ausschließung und Disparität der Einkommen‘ ab: Wie schwer mag das den politischen Strategen gefallen sein? Gegenüber den Stammwählergruppen im Rentenalter wird sozialpolitische Zurückhaltung bereitwilliger abgelegt. Kommen wir erneut nicht los von einer klientelorientierten Sozialpolitik? Nicht dass die „Mütterrente“ kein nachvollziehbares Anliegen wäre und der vorgezogene abschlagsfreie Renteneintritt nach einem langen Arbeitsleben nicht „verdient“. Es macht aber nur für Bezieher von Kapitaleinkommen, Beamte, Freiberufler und Abgeordnete Sinn, wenn die Beitragspflichtigen bei dem ‚Abbau von Disparitäten‘ an dieser Stelle unter sich bleiben. Die ‚Mütterrente‘ wird allein in der anstehenden Legislaturperiode mit 30 Mrd. Euro Mehrausgaben die kompletten Rücklagen der Rentenversicherung aufzehren. Statt einer gesetzlichen Beitragssatzsenkung wird der Beitragssatz danach allein aus diesem Grund um 0,4 Punkte steigen. Und der Steuerzahler bleibt ebenso unberührt wie die Gruppen, die sich in Sondersystemen verschanzt haben. Ist das alternativlos? Dass die Jungtürken bei der UNION das Prinzip der Umlagefinanzierung in der Pflege nicht verstehen, fällt da weniger ins Gewicht. Der Pflegefonds wird wie der Pflege-Bahr bloße Systempolitik bleiben.

Die politische Klasse gibt sich dem Wahlvolk fürsorglich, teilt aber sein Schicksal nicht. Das gilt für niedrige Löhne,

unsichere Beschäftigungsverhältnisse, den politischen Griff in die Rentenkassen und nicht zuletzt auch für das Gesundheitssystem. Dem Mindestlohn musste – und diese Priorität wird hier nicht etwa in Frage gestellt – Reformpolitik politisch beinahe komplett geopfert werden. So scheint auch die Abschottung der Kranken-Versicherungssysteme unüberwindbar, obwohl zigtausende Tarifgefangene der PKV ihre Prämien nicht mehr zahlen können. Aber die rot-grün vehement proklamierte Bürgerversicherung ist nicht einmal in die Nähe von Verhandlungen vorgedrungen und die Reform der ärztlichen Gebührenordnungen ausgeblendet. Stattdessen irren die Emissäre 2 Monate lang im Klein-Klein umher, beglücken den innovationsfreien Bundesausschuss ebenso mit einem neuen „Fonds“ wie die Pflege bei der zinsfreien Bundesbank und legen sich für längst abgehaktete Punkte ins Zeug (Trennung der Gesamtvergütungen, kommunale MVZ, Substitution ärztlicher Leistungen, etc.). Oberste Maxime wird zuletzt die Optik der Beitragsparität, obschon die Versicherten de facto weiter steigende Ausgaben alleine zahlen. Gut, dass wenigstens der Krankenhausteil der Vereinbarung mit Perspektive verhandelt wurde. Dies wird zu Recht das zentrale Thema der Gesundheitspolitik.

Aber Beitragsparität hin oder her: Zum einen entfällt für die Versicherten ein kopfprämienähnlicher Zusatzbeitrag in Eurobeträgen, zum andern seine soziale Abfederung durch den Finanzminister. Beide werden zweifellos Verfahren vorziehen, mit denen der nun prozentual formulierte Zusatzbeitrag wieder im Quellenabzugsverfahren erhoben wird. Dass der Steuerzuschuss dann „ordnungspolitisch“ die Funktion erhält, Beiträge aus anderen als arbeitsfundierten Einkunftsarten herzustellen, glaubt niemand. Die Steuer bleibt der situative Lückenbüßer. So ist ein Bundeszuschuss in der Koalitionsvereinbarung gar nicht erst beziffert.

Konnte man sich da vorstellen, dass der Mitgliederentscheid der SPD das Papier zurückweist? Konnte man nicht. Die Partei demonstrierte sich damit vor der Legislaturperiode, wo andere vier Jahre daran arbeiten müssen. Wer will sich schon bei den Trümmerfrauen der F.D.P. wiederfinden? Wer seine Arbeit mit angemessenem Ernst verrichtet, wird jetzt der Vereinbarung in ihren Zielen und Widersprüchen nachspüren und in ihren Chancen und Risiken. Diese Nachschau leisten unsere Autoren. Sie loten die verbliebenen Perspektiven aus und rüsten auf die nächste Debatte.

Die Herausgeber